

# Streitzeit



## Sozialversicherung ade!

Streitzeitserie: „Weiter so“ geht nicht, Teil 2

Die vbw (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft) versucht sich an der Sinnfrage der Sozialversicherung. Für die vbw sind die Sozialversicherungen da, um die „marktwirtschaftliche Ordnung“ zu stabilisieren und die „Wettbewerbsfähigkeit“ der Betriebe zu unterstützen. Damit liegt sie falsch. Denn die Aufgabe der Sozialsysteme ist, die Versicherten bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder in der Rente zu unterstützen. Wichtig ist dabei die Bedarfsdeckung, nicht die Wettbewerbsfähigkeit.

### Finanzierung Sozialsysteme

Die Finanzierungsbasis der Sozialsysteme benennt die vbw zu Recht als Problem. Falsch ist aber, dass es „unweigerlich zu Finanzausfällen“ komme, weil die Sozialversicherungsbeiträge lohnbezogen sind. Richtig ist: Die Arbeitgeber haben das Problem selbst verursacht; sie haben mit dem Abbau von Vollzeitarbeitsplätzen, mit Niedriglöhnen und Leiharbeit die Einnahmen der Sozialversicherung massiv geschwächt. Der Beleg: Die Lohnquote ist drastisch gesunken (s. Grafik).

### Die gesetzliche Rente

Die vbw fordert, den Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung auf 20% festzuschreiben. Warum müssen es gerade

20% sein? Eine Antwort bleibt sie schuldig. Nur eines weiß sie: dass „22% zu hoch“ sind. Der vbw geht es nur um die weitere Entlastung der Arbeitgeber. Die Folgen der von den Arbeitgebern verursachten schwindenden Finanzierungsbasis sollen jetzt allein die Rentner (sinkende Renten) und die Versicherten (private Altersvorsorge) tragen.

### Krankenversicherung

Den Abbau der gemeinsamen Finanzierung untermauert die vbw noch mit einem anderen Ladenhüter: Eigenverantwortung. „Über einen Ausbau der Eigenbeteiligungen werden Kostenverantwortung und wirtschaftliches Handeln der Versicherten und Patienten gestärkt.“ Absolut kein Wort verliert sie zur Verantwortung der

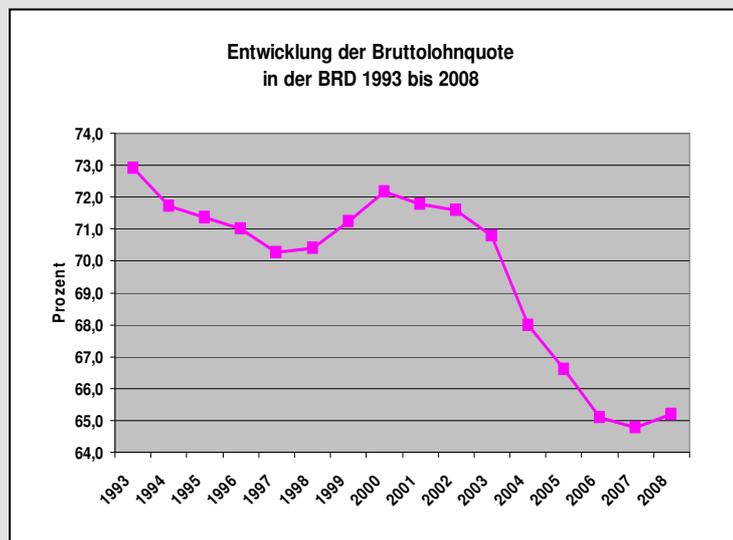
Leistungserbringer und zur Verantwortung der Arbeitgeber für gesunde Arbeitsplätze. Hier gäbe es viel zu tun. Durch arbeitsbedingte Erkrankungen entstehen jährliche volkswirtschaftliche Kosten in Höhe von 43,9 Mrd. €.

### Soziale Pflegeversicherung

Deutlich wird die vbw bei der Pflegeversicherung: „Ziel ist, die umlagefinanzierte Pflegeversicherung schrittweise auf ein kapitalgedecktes Modell umzustellen.“ Zur Erinnerung: Die Einführung der Pflegeversicherung haben Arbeitnehmer allein gezahlt (in Bayern durch die Abschaffung des Buß- und Bettages). Mögliche Beitragssteigerungen sollen nun, geht es nach der vbw, die Versicherten allein bezahlen.

## Hort der Stabilität

Mit der Forderung nach dem Ende der umlagefinanzierten Sozialversicherung bedient die vbw nicht nur die Interessen der privaten Versicherungswirtschaft und ihrer Aktionäre. Sondern sie zeigt auch, dass sie aus der Finanzkrise nichts gelernt hat. Gerade die umlagefinanzierten Systeme sind ein Hort der Stabilität gegenüber kapitalgedeckten Versicherungen. Letztere haben in der Finanzkrise an der Börse enorm an Wert verloren. Die OECD schätzt für 2008 den Verlust der privaten Pensionsfonds auf weltweit 5,4 Billionen US-Dollar (23%) gegenüber 2007. In Deutschland war der Verlust mit 8,5% stattlich, aber relativ niedrig – wegen eines geringeren Aktienanteils in den Fonds. Und erst der Staat hat durch seine milliardenschweren Bankenhilfen (Hypo Real Estate) verhindert, dass Bankenpleiten Unsummen privater Vorsorgegelder in Bankanleihen vernichten, die vor der Krise noch als sicher galten. Verlorene Milliarden, die die sicheren umlagefinanzierten Systeme stabilisiert hätten. Diese wären auch zukünftig krisenfest – wenn dort *alle* Erwerbstätigen einzahlen.



Die Lohnquote bezeichnet den Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am gesamten Volkseinkommen (Rest: Gewinne und Vermögenseinkommen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2009



ViSdP Timo Günther  
DGB-Bezirk Bayern  
Schwanthalerstraße 64  
80336 München  
Telefon: 089-51 700-210  
Telefax: 089-51 700-211  
E-Mail: bayern@dgb.de